

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa
Fernruf 1287
Postfach Nr. 52

Postleitzahl:
Dresden 1530
Girofazie:
Riesa Nr. 52

N 286

Mittwoch, 8. Dezember 1937, abends

90. Jahrg.

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns zu Großenhain beständige Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamtes Meißen.

Bild auf Belgrad
Der augenblickliche Aufenthalt Stojadinowitsch in Italien und der bevorstehende Besuch von Delbos in Belgrad lenken Jugoslawien etwas in den Vordergrund der politischen Ereignisse, so daß es einmal angebracht erscheint, die Rolle Jugoslawiens in der europäischen Politik zu erläutern. Dabei ist zu bemerken, daß die Beziehungen zwischen Jugoslawien und den europäischen Großmächten nicht zufällig, sondern in der erfolgreichen Selbstständigkeit der jugoslawischen Außenpolitik begründet sind.

Jugoslawien und Italien
In der Nachkriegszeit gab es zwischen diesen beiden Staaten, besonders wegen des italienischen Handstreichs auf Rumänien im Jahre 1919 die schärfsten Spannungen. Jahrzehntlang bestand in der Adria und an der Grenze bei Triest unmittelbare Kriegsgefahr. Im Jahre 1924 schloß ein Verständigungsvertrag und 1929 wurde der Konflikt wegen beiderseitiger Interessen in Albanien wieder verschärft. Ein völliger Wandel dieser Beziehungen ist erst in den letzten Jahren eingetreten. Und durch die Unterzeichnung eines Abkommens in Belgrad zwischen Graf Ciano und Stojadinowitsch am 25. März 1937 wurde verhindert, die gemeinsamen Grenzen zu öffnen. Neutralität zu bewahren, bei Bedrohung gemeinsamer Interessen sich ins Einvernehmen gegenseitig zu rufen, alle schädliche Agitation zu unterbinden und schließlich einen verstärkten Handelsverkehr aufzunehmen. Diese Politik war ein großer Gewinn für Jugoslawien, denn dadurch bekam es Rückenfreiheit gegenüber Frankreich und freie Hand für eine aktive Balkan-Politik. Die Loslösung Jugoslawiens aus den vorherigen Bindungen an Paris und Kleinen Entente brachte auch für Italien einen Gewinn, da dadurch freie Bahn für die italienische Donauraum-Politik geschaffen wurde.

Jugoslawien und die anderen Mächte
Als Mitglied der Kleinen Entente war natürlich, wie schon vorliegend erwähnt, der politische Kurs in Jugoslawien französisch beeinflußt. Neuerdings wurde nun eine Verständigung auch mit Bulgarien erreicht, wodurch eine Entspannung gegenüber dem Balkanbund eintrat. Fortschritte machen auch die Verständigungsbestrebungen gegenüber Ungarn, vor allem in den Minderheitenfragen. Erfreulich ist ferner, daß Jugoslawien den Balkanidamus ablehnt und auch die engen Bindungen Prags zu Moskau verurteilt. Deshalb ist die Prager Regierung auch ein starker Gegner der selbständigen Belgrader Linie. So ist auch die Beteiligung tschechischer Politiker an den vergeblichen Versuchen innerer Gegner, Stoladinowitsch zu fördern, zu verfehlten. Die so verunsicherte innere Lage Belgrads im letzten Sommer ist mit Hilfe des Prinzenregenten Paul völlig überwunden worden. Gegenwärtig ist die politische Lage in Jugoslawien sogar als sehr fest zu bezeichnen.

Freundschaft Rom-Belgrad
Die römischen Trinksprüche der letzten Tage sind Beweis für die enge Freundschaft der beiden Staaten und eine völlige Entspannung zwischen Rom und Belgrad trotz vorhandener sachlicher Interessengenossenschaft (Albanien) erreicht wurde. Bei dem bevorstehenden Besuch des französischen Außenministers in Belgrad ist zwar eine Fortführung der französisch-jugoslawischen Freundschaft zu erwarten, aber ohne leste Bindungen. Hervorgehoben verdient, daß auch zwischen

Berlin und Belgrad freundschaftliche Beziehungen bestehen, daß wir einen lebhaften Wirtschaftsverkehr mit dem aufstrebenden Balkanstaat pflegen. Für demnächst hat Stojadinowitsch eine Reise nach Berlin angekündigt. Daraus kann man erneut, daß Jugoslawien auf breiter Front eine Freundschaftspolitik ausbauen will. —

Stojadinowitsch beim italienischen Außenminister
Neben einem Empfang beim italienischen Außenminister und die Befestigung des Pontinischen Siedlungsaufbaus liegt uns heute folgende DNB-Meldung aus Rom vor:

Bei Ehren des jugoslawischen Ministerpräsidenten und seiner Gemahlin veranstaltete der italienische Außenminister Graf Ciano am gestrigen Dienstagabend im Palazzo Barberini ein Essen, an dem u. a. Vertreter der Regierung, der Wehrmacht und des Partei teilnahmen. —

Gestern Mittwoch vormittag hat sich Stojadinowitsch mit seiner Begleitung zur Besichtigung der Siedlungsauflagen nach Vitoria und Sabaudia begeben. Abends findet in den Räumen der jugoslawischen Gesandtschaft ein Abschiedsessen statt.

Großzügiger Begnadungssakt des Danziger Senats
15 ehemalige Danziger Kommunisten aus der Strafanstalt entlassen

Der Danziger Senat hat gestern 15 ehemalige Kommunisten, die wegen politischer Vergehen Freiheitsstrafen von 1 Jahr bis 5 Monaten bis zu 5 Jahren Zuchthaus zu verbüßen hatten, in großzügiger Weise aus der Strafanstalt entlassen. — Bei dem Entlassungssak betonte Kriminaldirektor Gröbner in einer kurzen Ansprache, daß der Senat sich entschlossen habe, diese ehemaligen Kommunisten vorläufig begnadigen zu wollen; sie müßten sich aber im Laufe der nächsten Zeit bewähren. Auf der Basis der Volkgemeinschaft wird es ihnen ermöglicht werden, den Weg zum heutigen Volk zurückzufinden. Ab heute würde unter allen, was gewesen ist, ein dicker Strich gezogen; und man würde es auch ermöglichen, ihren Arbeit zu beschaffen. Schließlich wies Kriminaldirektor Gröbner noch darauf hin, daß der Danziger Kommunistenhauptling Plekonoff ins Ausland geflohen sei, ohne sich um seine Heimat zu kümmern.

Der Angriff auf die Festung von Nanking

Tschingkang genommen

(Tokio. (Ostasiendienst des DNB.) Die japanischen Truppen haben heute früh, wie Domei aus Shanghai meldet, den Generalangriff auf die Festung von Nanking eröffnet. Um die Mittagszeit erreichte die Schlacht ihren Höhepunkt. Die Festung wurde in der Zeit von 3 Seiten angegriffen.

Die befestigte Stadt Tschingkang, 70 Kilometer unterhalb Nankings am südlichen Ufer des Yangtse, wurde heute früh von den Japanern erobert.

Nanking zur Übergabe aufgesordert

(Tokio. (Ostasiendienst des DNB.) Wie Domei meldet, hat das japanische Oberkommando den Befehlshaber von Nanking durch ein kurz befristetes Ultimatum zur Übergabe aufgesordert und zugleich die noch in Nanking verbliebenen Vertreter der ausländischen Mächte ge-

beten, in diesem Sinne auf das chinesische Oberkommando einzutreten.

Nach einer weiteren Meldung haben die japanischen Streitkräfte auf dem linken Flügel der Wuhsu-Front am Dienstag die Stadt Ningpo erobert und damit den chinesischen Truppen jede Rückzugsmöglichkeit in Richtung Hangchau und Nanking abgeschnitten.

Abdankung Tschiangkaischeks?

(Tokio. (Ostasiendienst des DNB.) Nach einer Domei-Meldung hat Tschiangkaischek den Oberbefehl in Nanking dem General Tangchong übertragen, der nun mehr die Verteidigung der Hauptstadt mit Unterstützung des Generals Kuschung, des Militärgouverneurs der Provinz Kiangsu, leitet.

Die Domei weiter von der Nanjing-Front meldet, soll sich Marshall Tschiangkaischek entschlossen haben, den Oberbefehl der chinesischen Wehrmacht und seine sämtlichen Staatsämter niederzulegen.

„Das deutsche Wirtschaftssystem funktioniert vorzüglich“

Eine Artikelserie der „Financial Times“ über die wirtschaftliche Lage Deutschlands

(London. Der bekannte englische Wirtschaftsler Norman Grunp, der im Auftrage der „Financial Times“ die wirtschaftliche Lage Deutschlands an Ort und Stelle und unter allen Gesichtspunkten studiert hat, sieht jetzt seine Untersuchungen in einer Artikelserie in der „Financial Times“ zusammen. Grunp stellt als Ergebnis seiner Erhebungen fest, daß bei den Methoden des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in Deutschland doch alles vorzüglich funktioniere. Das Land habe sich von der tiefen Depression, die noch vor fünf Jahren herrschte, erholt und es liege keinerlei Grund dafür vor, finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu erwarten. Deutschland habe tatsächlich seit dem Tage der Machtergreifung erheblich an Stärke gewonnen. Es habe viele überschüssige Kapazitäten, solle Beschäftigung, steigendes Einkommen und ein Nationals einkommen, das um mehr als 50 Prozent höher sei als das zur Zeit der Depression.

In den Schlußabsäulen behandelt Grunp die zu erholende zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutsch-

lands mit der übrigen Welt. Deutschland sei ein großes und wichtiges Industrieland, das selbst ebenso wie die Umwelt alles von einer solchen Zusammenarbeit gewinnen könnte. Eine Möglichkeit der Annäherung Deutschlands an seine Nachbarn sehe er darin, daß man alle nur möglichen wirtschaftlichen Verbindungspunkte finde und entwickle und sich dann nach Wege umlebe, um bestehende Nebenpunkte zu beseitigen. Das werde ein Nehmen und Geben auf beiden Seiten bedeuten. England zum Beispiel müsse erkennen, daß Deutschland ein Konkurrent auf den Weltmarkten werden könne, aber es müsse dennoch bereit sein, einen Wettbewerb als Folge der Wiedererrichtung des freien wirtschaftlichen Verkehrs zwischen Deutschland und der Welt hinzunehmen. Nur aus gegenwärtiger Erfahrung und gutem Willen herauß werde es möglich sein, eine der bringendsten und wichtigsten Fragen, vor der die Welt steht, zu lösen.

Der Inhalt der Antwortnoten an den Nichteinmischungsausschuß

Klarheit und Bereitschaft bei Franco. Ausschüsse bei den Bolschewisten

(London. Die Antwortnoten der nationalspanischen Regierung und der spanischen Bolschewisten an den Nichteinmischungsausschuß sind am Freitagabend veröffentlicht worden. Die nationalspanische Antwortnote betont eingangs, daß es für General Franco wichtig sei, zu wissen, ob der Nichteinmischungsausschuß die Macht besitzt, um die in ihm vertretenen Regierungen zu zwingen, die gegenüber der nationalspanischen Regierung eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Regierung General Francos stimme im Grundsatz der Zurückstellung der Freiwilligen an und nehme die Mitarbeit und Ernenntung der vorgeschlagenen Kommissionen für die Ausklammerung der Freiwilligen grundsätzlich an. Sie behält sich jedoch das Recht vor, noch genaue Bemerkungen über die Zusammensetzung dieser Ausschüsse und deren Vollmachten an machen.

Die nationalspanische Regierung, so heißt die Note ferner hervor, besteht darauf, daß die Frage der Kriegsführung und der sich daraus ergebenden Rechte ihres selbstverständlichen damit gemeint. Die Schriftleitung nicht ein Recht, sondern eine Tatsache sei, die sich klar auf dem Bürgerkrieg ergeben habe. Ein Beweis hierfür sei allein die Tatsache, daß der Nichteinmischungsausschuß an beide Teile in Spanien herangetreten sei. Jedoch sei die nationalspanische Regierung bereit, die entsprechenden Vorschläge der britischen Regierung im wesentlichen anzunehmen.

Was die Frage der Kontrolle anbetrifft, so stimmt die nationalspanische Regierung dem zu, daß die Landkontrolle verstärkt werden müsse. Was die Seekontrolle anlangt, so würden die vom Nichteinmischungsausschuß vorgebrachten Vor-

schräge geprüft werden. Die Note betont schließlich die außergewöhnliche Tatsache, daß der spanischen Nationalregierung die Kriegsführerrechte nicht zugestanden worden seien, hindere diese daran, ein rechtsgültiges Abkommen sowohl über die Einzelheiten der Durchführung der Zurückstellung der Freiwilligen als auch der Organisation der Kontrolle zu Lande und zur See abzuschließen. Die Regierung General Francos schlägt daher vor, daß gleichzeitig mit der Gewährung der Kriegsführerrechte 8000 Freiwillige auf beiden Seiten zurücksiezen werden sollen. Dies würde es gestatten, ein Abkommen über die Freiwilligen und die Kontrolle abzuschließen.

Die spanischen Bolschewisten beteuern scheinbar in ihrer Antwort, daß sie ebenfalls für eine Ausklammerung der Freiwilligen unter internationaler Rücksicht eintraten. Sie seien bereit, sich hierzu der Vorschläge der Kommissionen zu bedienen. Aber sie wollen „gewisse Punkte“ vorher geklärt haben. Zu diesen Punkten wird die Seekontrolle gezählt. Hierbei verlangen die Bolschewisten besonders, über den Charakter der geplanten „Verstärkung“ der Seekontrolle unterrichtet zu werden. Die gleiche Frage wird auch bezüglich der Landkontrolle gestellt. Ferner wird gefragt, ob die vorgeschlagene proportionale Zurückziehung der Freiwilligen in ein bestimmtes Verhältnis zu den verschiedenen Waffengattungen gestellt werden soll. Dann wird in der Note das von den Bolschewisten schon

mehrfach zu Agitationszwecken angeschulte Thema der freiwilligen aus Spanien-Marcello aufgewärmt. Weiter verlangen die Bolschewisten zu wissen, ob die Wiederherstellung der Kontrolle vor der Einführung der Freiwilligen-Kommission erfolgen soll oder umgekehrt. Endlich wird Ausklärung darüber gefordert, ob die vom Nichteinmischungsausschuß verlangte Zustimmung sich ausschließlich auf die Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen bezieht oder ob diese auch die Frage der Gewährung Kriegsführerrechte und die Wiederherstellung der Land- und Seekontrolle mit umfaßt.

Die Sitzung des Nichteinmischungsausschusses
(London. In der gestrigen Sitzung des Nichteinmischungsausschusses, die gegen 19 Uhr englischer Zeit beendet war, wurden die Antwortnoten der beiden spanischen Parteien auf die Anträge des Nichteinmischungsausschusses in der Freiwilligenfrage einer vorläufigen Prüfung unterzogen.

Es wurde festgestellt, daß diese Antwortnoten es dem Nichteinmischungsausschuß möglich machen, seine Arbeiten fortzuführen. Es wurde beschlossen, die beiden Antworten zu veröffentlichen.

Dann wurde die Frage erörtert, wie die beiden Kommissionen zur Radierung der Zahl der in Spanien vorhandenen Freiwilligen zusammengelegt werden sollen. Hierzu lag der Bericht eines Unterausschusses vor. In den Dienstagtagberichten konnte jedoch über diese Frage keine Einigung erzielt werden. Der Vorsitzende ist daher ermächtigt worden, in unverbindlichen Besprechungen eine Einigung über diese Frage zu verlängern.

Drittens wurde die Frage erörtert, welchen Auftrag die beiden nach Spanien zu entsendenden Kommissionen an „Ausklammerung der Freiwilligen“ erhalten sollen. Hier wurde der Bericht des technischen Unterausschusses ange nommen, so daß eine Einigung über die Frage erzielt wurde, welchen Umfang die Vollmachten der beiden Freiwilligenkommissionen haben sollen.

Ferner wurde beschlossen, einige weitere Berichte der technischen Unterausschüsse dem Hauptausschuß vorzulegen.

Der Nichteinmischungsausschuß tritt am Donnerstag vormittag um 10.30 englischer Zeit erneut zusammen, um seine Arbeiten fortzuführen.

Britischer Dampfer gesunken

(London. Der britische Dampfer „Querington Court“ (8000 Tonnen), der, wie bereits gestern kurz berichtet, im Stoten Meer in Seenot geriet, ist Dienstagabend gesunken. Die 8000 britische Besatzung konnte von dem italienischen Schiff „Capitan A. Cecc“ gerettet werden. Die „Querington Court“ befand sich mit einer Ladung Eisenware und Inteleximwand auf dem Wege von Kalkutta nach Charleston und Baltimore.